



## Entwurf des Deutschlandprogramms der FDP

### Entwicklungspolitische Kurzanmerkungen von ONE

#### Allgemein:

Der vorgelegte Entwurf des „Deutschlandprogrammes“ der FDP enthält einige wichtige entwicklungspolitische Weichenstellungen. An einigen wesentlichen Punkten könnte es (ohne notwendigerweise an Umfang zuzunehmen) aber konkretere und stärkere Aussagen treffen.

#### Im Einzelnen:

##### Zu Handel:

Zu Recht drängt das Deutschlandprogramm auf den Abschluss der Doha-(Entwicklungs-)Runde. Die Abschaffung „den Wettbewerb verzerrender Maßnahmen“ (S. 73 Z. 25) ist nicht nur aus finanzpolitischer sondern auch aus entwicklungspolitischer Sicht notwendig. Zu einem liberalen Wahlprogramm sollte außerdem gehören, dass **Afrika seinen Weg aus der Armut durch Handel bestreiten** kann. Hierzu gehört der **zoll- und quotenfreie Zugang für alle afrikanischen Produkte** zum europäischen Markt sowie die **Unterstützung bei der Verbesserung der handelsbezogenen Infrastruktur**, der Finanzdienstleistungen und die Ausbildung von Fachkräften im Rahmen von Aid-for-Trade.

##### Mehr und bessere Entwicklungszusammenarbeit

Das Ziel der reichen Entwicklungsländer, 0,7% ihres Bruttonationaleinkommens für die Förderung der Entwicklungszusammenarbeit auszugeben ist nicht nur eine dekadentalte UN-Vereinbarung, sondern ein konkretes politisches Ziel von 15 EU-Mitgliedsstaaten, darunter die Bundesrepublik. Deutschland steht zudem in der Pflicht im Rahmen der G8. Da die FDP eine Partei ist, die für internationale Zuverlässigkeit steht, sollte dieses Ziel in das Deutschlandprogramm aufgenommen werden, beispielsweise durch Umformulierung des allgemeinen Satzes mit dem Bekenntnis zu den UN-Millenniumsziele(S. 76, Z. 35 f) wie folgt: **„Die FDP bekennt sich zu den Verpflichtungen, die Deutschland im Rahmen der UN-Millenniumsziele eingegangen ist und unterstützt ihre Erreichung, indem bis spätestens 2015 0,7% des Bruttonationaleinkommens für ihre Erreichung ausgegeben werden.“**

Der Satz „Wenn wir künftig staatliche Entwicklungszusammenarbeit und die Bemühungen der Regierungen um Armutsbekämpfung nicht in Frage stellen wollen, muss die Frage der Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit aber stärker als die nach deren Höhe im Mittelpunkt des internationalen Dialoges stehen“ (S. 76, Z. 36 ff) setzt unseres Erachtens die staatliche Entwicklungszusammenarbeit einem nicht gerechtfertigtem Generalverdacht aus und geht am Kern der internationalen Debatte vorbei. Bei den Experten des Entwicklungsausschusses der OECD, der Weltbank und weiteren führenden Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit besteht Einigkeit, dass Mittel- und Effizienzerhöhungen Hand in Hand gehen müssen und nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Pro Afrikaner sind in den letzten 10 Jahren durchschnittlich 17 USD Entwicklungszusammenarbeit geflossen. Im vergangenen Jahr waren es 17 Euro, von denen einige dachten, sie würden ausreichen um unter anderem Gesundheitssysteme und Bildung und Nahrungsmittelsicherheit signifikant unterstützen. Eine alternative Formulierung wäre daher: **„Die deutsche Entwicklungspolitik wird ihre Ziele noch wirksamer erreichen können, wenn international vereinbarte Prinzipien wie Eigenverantwortung, Partnerausrichtung**



**und Harmonisierung umgesetzt werden. Um die Kohärenz der deutschen Entwicklungspolitik sicherzustellen, ist eine intensivere Ressortkoordination notwendig.“**

Die Analyse, dass „eine Hauptursache für die Armut und die Erfolglosigkeit von politischen Reformen der Widerstand nationaler Eliten ist, die oft zu den Nutznießern undemokratischer Strukturen und ökonomisch ineffizienter Systeme gehören.“ (S.76, Z. 24 ff), kann zwar aus der Sicht eines etablierten Rechtsstaates wie Deutschland plausibel erscheinen, übersieht aber die beeindruckenden Fortschritte, die es in den letzten Jahren gerade auf dem afrikanischen Kontinent im Bereich Demokratisierung, Korruptionsbekämpfung, Friedensschaffung und Unternehmertum gab.<sup>1</sup> **Auch diese sollten** (als Ansätze, die die deutsche Entwicklungszusammenarbeit unterstützen kann) **genannt werden**, damit bei dem Wähler nicht der falsche Eindruck entsteht, die Entwicklungszusammenarbeit flösse vorwiegend in ineffiziente Staatssysteme.

Es ist korrekt, dass eine sich selbsttragende Wirtschaftsentwicklung Verbesserung der Ernährungssituation durch eine Förderung der landwirtschaftlichen Produktion, zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung, zu mehr Investitionen in Grundbildung führt. Aber es gilt auch: **nur wenn mehr Menschen in den Entwicklungsländern Zugang zu Bildung, Gesundheit und Nahrung bekommen, sind die Grundvoraussetzungen für eine sich selbsttragende Wirtschaftsentwicklung geschaffen.**

#### Internationale Verschuldungssituation

Das Deutschlandprogramm enthält keine entwicklungspolitischen Aussagen zur Verschuldungssituation vieler Entwicklungsländer. Die bereits umgesetzte Entschuldung hochverschuldeter, armer Länder hat diesen die Möglichkeit gegeben, in Infrastruktur, Bildung und Gesundheit zu investieren. Die Finanzkrise macht eine entschiedene Fortsetzung der bisherigen Anstrengungen notwendig. **Ein internationales Insolvenzrecht für Staaten bietet einen marktkonformen Ansatz für einen langfristigen Umgang mit hochverschuldeten Staaten, der die Entwicklungsförderung im Auge behält.**

---

<sup>1</sup> Nur einige Beispiele: heutzutage gibt es 23 Demokratien (oder 18, je nach Definition) in Afrika, verglichen mit nur drei 1989. Die Anzahl bewaffneter Konflikte ist zwischen 2002 und 2006 von 16 auf 5 gesunken. 14 afrikanische Staaten sind Mitglied bei Extractive Industries Transparency Initiative. Die EU-Mitgliedsstaaten Italien und Griechenland schneiden in dem jährlichen Korruptionsbericht von TI schlechter ab als Südafrika, Botswana und 3 weitere afrikanische Länder. 4 der „Top 10 Business Refomers“ im „Doing Business Report“ der Weltbank liegen auf dem afrikanischen Kontinent.